

Tagungsunterlagen I

Anträge und Vorlagen zum Landesparteitag
am 26. August 2017 in Kaiserslautern

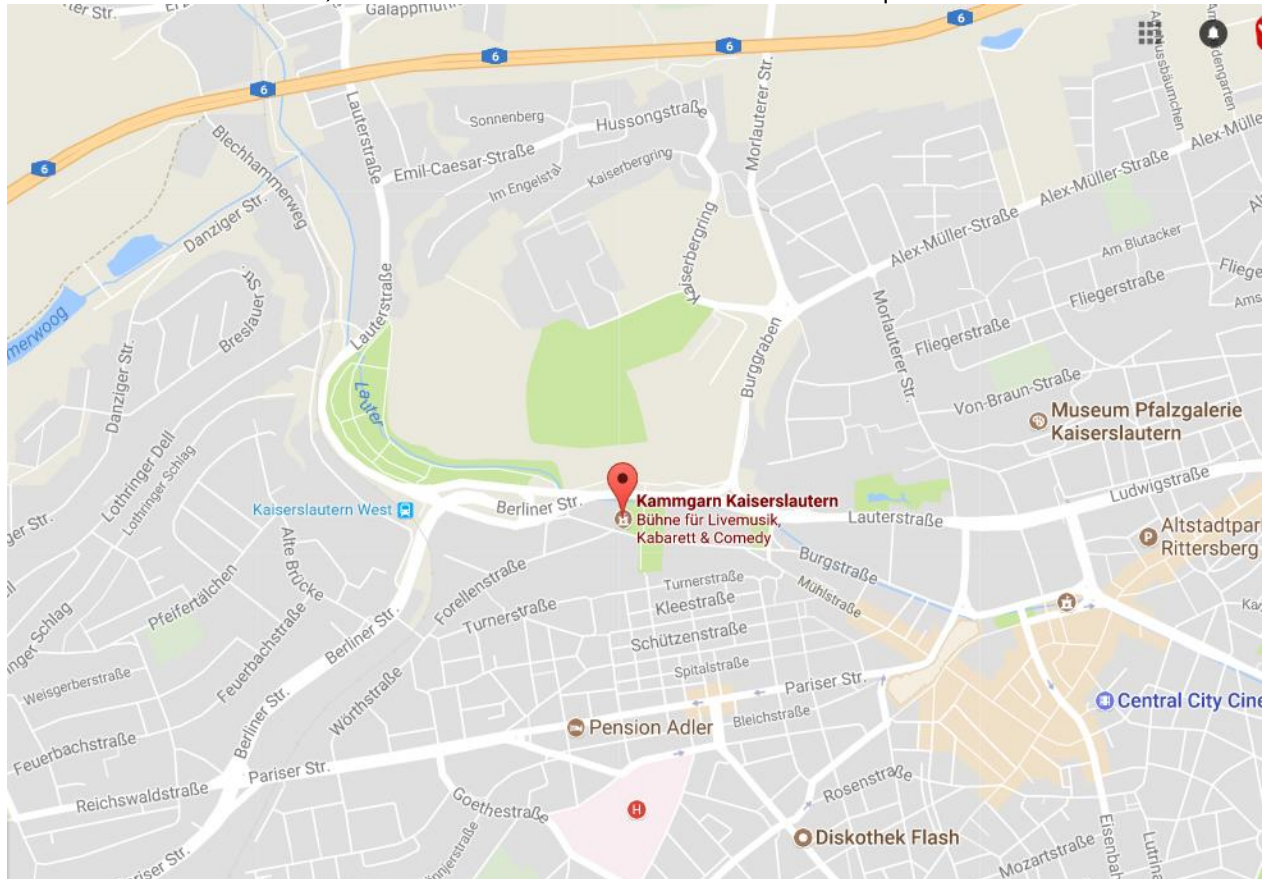
Organisatorische Hinweise zur Versammlung

1) **Anfahrt und Parkplätze**

Direkt an der Halle befinden sich ausreichend Parkplätze, sodass wir euch eine Anreise mit dem PKW empfehlen können.

In Kaiserslautern könnt ihr der Beschilderung „Kammgarn“ folgen –
Parkplatzmöglichkeiten sind dort ebenfalls ausgeschildert.

Wir möchten euch bitten, nicht direkt auf dem Gelände der Halle zu parken.



Informationen zur Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln können auf der Seite des Kammgarn unter [kammgarn.de](https://www.kammgarn.de) abgerufen werden.

Link: <https://www.kammgarn.de/kontakt/anfahrt/>

2) **Verpflegung und Getränke**

Das Mitbringen von Getränken und Essen ist in der Halle erlaubt.
Die Versorgung mit Getränken wird durch das Kammgarn realisiert.
Essen werden wir euch von Seiten des Kreis- und Landesverbandes zu einem möglichst geringen Betrag zur Verfügung stellen.

3) **Kinderbetreuung**

Sollte eine Kinderbetreuung notwendig sein, möchten wir euch bitten, dies mind. 14 Tage vor dem Parteitag mit der Angabe des Alters des/der Kindes/Kinder der Landesgeschäftsstelle unter lgs@die-linke-rlp.de zu melden. Wir werden dann versuchen hier eine Betreuung zu realisieren.

4) **Freies WLAN**

Aufgrund des Livestreams der Veranstaltung können wir euch keinen Zugang zum WLAN vorab zusichern. Bitte bereitet euch also darauf vor, dass in der Halle höchstwahrscheinlich kein Internet zur Verfügung stehen wird.

5) **Livestream und Fotos**

Die Versammlung wird via Livestream übertragen und auch über Fotos dokumentiert; was auch bedeutet, dass ihr auf dem ein oder anderen Bild zu erkennen seien werdet.

6) **Sitzplätze für Delegierte**

Die Delegierten bekommen, wie bei allen Veranstaltungen dieser Art auf Landesebene, Sitzplätze nach Kreisverbänden geordnet zugewiesen. Diese gelten bis zur Mittagspause und der damit verbundenen Öffnung des Parteitages.

7) **Sitzplätze für Gäste**

Die Sitzplätze für Gäste befinden sich während des Parteitages auf der Tribüne.
Beim öffentlichen Teil des Parteitages ab ca. 14.30 Uhr werden alle Sitzplätze in den unteren Bereich der Halle verlagert.

8) **Umbaupause**

Während der Mittagspause des Parteitages wird dieser umgestaltet. Wir möchten euch daher bitten, während der Pause keine Dokumente oder privaten Sachen auf den Tischen liegen zu lassen. Vielen Dank.

9) **Ausweisdokumente**

Zur Sicherheit möchten wir alle Delegierte bitten, ihre gültigen Ausweisdokumente mit zur Versammlung zu bringen und diese bei Nachfragen der Mandatsprüfungskommission vorzuzeigen.

10) **Weitere Unterlagen zur Versammlung**

Sofern es weitere Unterlagen / Kandidaturen oder Veränderungen geben sollte, findet ihr diese auf der Landeshomepage unter:

http://www.dielinke-rhlp.de/partei/parteitag/landesparteitag_2682017/

O-Anträge

Anträge zur Organisation des Parteitages
und zu weiteren organisatorischen Fragestellungen

Antragsteller_innen: Landesvorstand

1. Leitung - Arbeitsgremien - Aufgaben und Befugnisse

- a. Der Parteitag wählt als Arbeitsgremien

Im Block

- Tagungspräsidium
- Schriftführung
- die Mandatsprüfungskommission
- die Wahl- und Zählkommission
- die Antragsberatungskommission

Der Parteitag kann zur Unterstützung der Kommission zu jeder Zeit weitere Helferinnen und Helfer wählen.

- b. Die Arbeit des Parteitages wird durch das Tagungspräsidium geleitet.
c. Geschäftsordnung, Tagesordnung und Zeitplan werden zu Beginn des Parteitages in dieser Reihenfolge beschlossen.

2. Beschlussfassung allgemein

- a. Der Parteitag ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der gewählten Delegierten anwesend ist. Er gilt als beschlussfähig, solange die Beschlussunfähigkeit nicht auf Antrag eines/r stimmberechtigten Delegierten durch die Tagungsleitung festgestellt worden ist.
b. Stimm- und Rederecht haben die gewählten und angemeldeten Delegierten. Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit beratender Stimme haben Rederecht.
c. Über das Rederecht für Gäste entscheidet die Versammlung. Gästen kann dann das Wort durch die Tagungsleitung erteilt und entzogen werden. Entsprechende Anträge sind an das Tagungspräsidium zu richten.
d. Beschlüsse des Parteitages werden grundsätzlich mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen (im Weiteren nur Mehrheit genannt) gefasst, sofern die Bundessatzung oder diese Geschäftsordnung nichts anderes vorschreiben.
Stimmenthaltungen bleiben hierbei unberücksichtigt.
Stimmgleichheit gilt als Ablehnung.
Abstimmungen erfolgen durch Erheben der Stimmkarten.
Das Tagungspräsidium setzt zur Auszählung der Stimmen Zählerinnen und Zähler ein, die tätig werden, wenn kein eindeutiges Ergebnis von der Tagungsleitung ermittelt werden kann.

3. Erforderliche Mehrheiten bei Wahlen

- a. Es gilt die Wahlordnung der Partei DIE LINKE
b. Im ersten Wahlgang ist die absolute Mehrheit erforderlich. Also die Zahl der gültigen Ja-Stimmen muss größer sein, als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen.
c. Erhält im ersten Wahlgang keine/r der Bewerber_innen die erforderliche Mehrheit, so gehen die beiden Bewerber_innen mit den meisten Ja-Stimmen in eine Stichwahl. In dieser Stichwahl gilt die einfache Mehrheit.
d. Entfällt bei der Wahl der Mitglieder des Landesvorstandes, der Landesschiedskommission und der Landesfinanzrevisionskommission die Möglichkeit der Abgabe von Nein-Stimmen, so sind im ersten Wahlgang die Personen gewählt, welche auf mind. ¼ der gültigen Stimmzettel gewählt wurden. Ein weiterer Wahlgang ist zulässig, wenn Ämter im ersten Wahlgang nicht besetzt werden konnten. Im zweiten Wahlgang nehmen die Bewerber_innen teil, welche die meisten Ja-Stimmen auf sich vereinigen konnten – jedoch maximal die doppelte Anzahl der noch zu besetzenden Ämter.

4. Regeln in der Debatte

- a. Die Tagesleitung ruft die Tagesordnungspunkte und die dazugehörigen Anträge auf, leitet die Beschlussfassung, erteilt das Wort, kann Redner_innen zur Sache rufen, muss ihnen das

- Redezeitende einmal vorankündigen und das Wort entziehen, wenn sie die Redezeit überschreiten oder vom aufgerufenen Thema abweichen.
- b. Bei Wortmeldungen sind Name und delegierender Kreisverband anzugeben. Die Fristen für die Abgabe von Wortmeldungen und die Modalitäten ihrer Entgegennahme werden vom Tagungspräsidium bekannt gegeben. Das Tagungspräsidium entscheidet unter der Prämisse der Geschlechterquotierung über die Reihenfolge der Rednerinnen und Redner. Die Zurücknahme von Wortmeldungen führt zur Streichung von der Redeliste. Eine Zurücknahme von Wortmeldungen zugunsten anderer Rednerinnen oder Redner ist nicht möglich. Die Redezeit für Diskussionsredner_innen beträgt maximal 2 Minuten.
 - c. Delegierte können nach Abschluss von Debatten und Abstimmungen (nicht Wahlen) persönliche Erklärungen abgeben, sofern die Debatte dazu einen persönlichen Anlass ergeben hat. Sie sind bei der Tagungsleitung anzumelden. Die Redezeit hierfür beträgt eine Minute.
 - d. Redezeiten bei Wahlen:
 - Kandidierende zum Landesvorstand haben bei Ihrer Vorstellung die Möglichkeit einmalig eine Redezeit von max. 5 Minuten zu nutzen.
 - o Es sind maximal 5 Nachfragen an die Kandidatinnen und Kandidaten zulässig. Die Nachfragen sind kurz zu formulieren {maximal 1 Minute}.
 - o Zur Beantwortung der Fragen wird den Kandidatinnen und Kandidaten jeweils maximal 3 Minuten eingeräumt.
 - Kandidierende zu Landesschiedskommission und Landesfinanzrevisionskommission wird einmalig eine Redezeit von max. 1 Minute gewährt.
 - o Es sind maximal 3 Nachfragen an die Kandidatinnen und Kandidaten zulässig. Die Nachfragen sind kurz zu formulieren {maximal 1 Minute}.
 - o Zur Beantwortung der Fragen wird den Kandidatinnen und Kandidaten jeweils maximal 2 Minuten eingeräumt.

5. Antragsarten / Antragstellung / Beschlussfassung

- a. Anträge zur Geschäftsordnung werden außerhalb der Liste der der Rednerinnen und Redner sofort behandelt, soweit nicht gerade eine Abstimmung läuft. Sie können nur von Delegierten gestellt werden. Vor der Abstimmung erhalten je eine Delegierte zunächst die Möglichkeit gegen den Antrag, danach für den Antrag zu sprechen.
- b. Der Antrag auf Beendigung der Debatte oder Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt kann jederzeit zur Abstimmung gestellt werden, innerhalb des Tagesordnungspunktes jedoch nur einmal. Das Recht zur Antragstellung haben nur Delegierte, die zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht gesprochen haben. Vor Beschlussfassung ist die Liste der noch ausstehenden Rednerinnen und Redner zu verlesen.
- c. Die Abstimmung wird durch die Tagungsleitung geleitet, wobei zunächst die Stimmen "für" den Antrag, dann "gegen" den Antrag und abschließend die Stimmenthaltungen abzufragen sind.
- d. Anträge auf Wiederholung (Rückholung) einer Abstimmung sind unverzüglich nach Bekannt werden des Grundes und unter Nennung desselben und der Umstände seines Bekanntwerdens zu stellen. Hierüber ist nach Gegen- und Fürrede sofort abzustimmen.
- e. Anträge mit initiativem Charakter (Initiativanträge) deren Gegenstand nach Ende der Antragsfrist bekannt wurde, können mit der Unterstützung von mind. 15 Delegierten bis 12.30 Uhr am Tage des Parteitages schriftlich bei der Antragsberatungskommission eingereicht werden. Für alle anderen Anträge / Änderungsanträge gelten die in der Einladung genannten Fristen.

O-02

Tagesordnung des Landesparteitages am 26. August in Kaiserslautern

Antragsteller_innen: Landesvorstand

- TOP 1 Eröffnung, Begrüßung, Beschluss der Geschäftsordnung
- TOP 2 Wahl des Tagungspräsidiums
- TOP 3 Wahl der Mandatsprüfungskommission
- TOP 4 Bericht der Mandatsprüfungskommission
- TOP 5 Bestätigung der Antragsberatungskommission
- TOP 6 Wahl der Wahl- und Zählkommission
- TOP 7 Beschluss der Tagesordnung
- TOP 8 Grußworte
- TOP 9 Bericht des Landesvorstandes

Frauenplenum

- TOP 10 Wahlen zum Landesvorstand
- TOP 11 Anträge, Resolutionen

Pause

Fortführung des Parteitages als öffentliche Veranstaltung ab ca. 14.30 Uhr.

- TOP 12 Kulturbeitrag
- TOP 13 Runde der Spitzenkandidierenden zur Bundestagswahl
Alexander Ulrich und Katrin Werner
- TOP 14 Ehrungen
- TOP 15 Pol. Referat Oskar Lafontaine
- TOP 16 Schlusswort

O-03

Zeitplanung des Landesparteitages am 26. August in Kaiserslautern

Antragsteller_innen: Landesvorstand

10.00 Uhr – 10.45 Uhr	TOP 1 - TOP 7	Konstituierung des Parteitages
10.45 Uhr – 11.30 Uhr	TOP 8	Grußworte
11.30 Uhr – 12.00 Uhr	TOP 9	Bericht des Landesvorstandes
12.00 Uhr – 12.30 Uhr		Frauenplenum
12.30 Uhr – 13.30 Uhr	TOP 10	Wahl zum Landesvorstand
13.30 Uhr – 14.00 Uhr	TOP 11	Anträge, Resolutionen
14.00 Uhr – 14.45 Uhr	Pause	
14.45 Uhr – 15.15 Uhr	TOP 12	Kulturbeitrag
15.15 Uhr – 15.45 Uhr	TOP 13	Runde der Spitzenkandidierenden zur Bundestagswahl Alexander Ulrich und Katrin Werner
15.45 Uhr – 16.00 Uhr	TOP 14	Ehrungen
16.00 Uhr – 16.45 Uhr	TOP 15	Pol. Referat Oskar Lafontaine
16.45 Uhr – 17.00 Uhr	TOP 16	Schlusswort

P-Anträge

Politische Anträge und Resolutionen zum Landesparteitag.

P-01

Leitantrag zum Landesparteitag am 26. August in Kaiserslautern

Antragsteller_innen: Landesvorstand

Sozial. Gerecht. Frieden. Für Alle.

DIE LINKE hat sich mit dem Wahlprogramm zur Bundestagswahl auch zum 10. Geburtstag der Parteigründung den großen Aufgaben gestellt: Unser Land soll sozialer, gerechter und friedlicher werden. Und der zunehmenden Spaltung in Arm und Reich wollen wir entschlossen entgegentreten. Das gilt auch für Rheinland-Pfalz.

Wir wollen breiten gesellschaftlichen Widerstand gegen Sozialabbau und die ungerechte Finanzierung unseres Gemeinwesens organisieren. Und wir sind uns bewusst, dass ohne Frieden alle anderen Bemühungen um sozialen Fortschritt, mehr Demokratie und mehr Gerechtigkeit gegenstandslos werden. Deswegen unterstützen wir alle demokratischen Kräfte, die in Rheinland-Pfalz gegen Atomwaffen und militärische Stützpunkte mobilisieren, die weltweite Kriegsführung ermöglichen. Auslandseinsätze der Bundeswehr wollen wir so schnell wie möglich beenden.

DIE LINKE hat in den vergangenen 10 Jahren im Bundestag gute Arbeit geleistet: Ohne unseren langjährigen Kampf würde es bis heute keinen Mindestlohn geben. Seine Einführung ist ein wichtiger Fortschritt, auch, wenn wir für einen höheren Mindestlohn von 12 Euro sind und vehement dafür eintreten, dass die zahlreichen Ausnahmen – z.B. bei Menschen mit Behinderungen – endlich abgeschafft werden.

Auch die Praxisgebühr wäre ohne unsere langjährige Kritik sicher nicht so einfach in der Versenkung der Geschichte verschwunden.

Immer wieder haben wir uns dafür eingesetzt, dass der Bau bezahlbarer Wohnungen – nicht nur von Sozialwohnungen – endlich wieder ausreichend gefördert wird.

Wir wollen gute Bildungschancen für Alle statt verwaarloster Schulen, fehlender und prekär beschäftigter Lehrer und keine Sparmaßnahmen im Bildungsbereich, die uns auch noch als „Inklusion“ verkauft werden sollen.

Wir stehen an der Seite der Studierenden, die auskömmliches BAFÖG benötigen, um überhaupt studieren zu können. Erstmals ist der Anteil der Studierenden aus Nicht-Akademiker-Haushalten wieder rückläufig, Bildung hängt weiter und leider zunehmend von Bildungsstand und Geldbeutel der Eltern ab. Damit werden wir uns auch künftig nicht abfinden. Gerade in Rheinland-Pfalz zeigen sich die Verfehlungen bundesdeutscher Hochschulpolitik. Durch die Exzellenzinitiative des Bundes werden Leuchtturmprojekte gefördert, während in der Breite das Geld fehlt. Unzureichend ausgestattete Bibliotheken und zu wenige Lehrkräfte sind die Folge. Ein nachhaltiges Konzept zur Zukunft des Wissenschaftsstandortes Rheinland-Pfalz bleibt die Landesregierung bis heute schuldig. Stattdessen legt sie durch die Zweitstudiengebühr Menschen, die sich weiterbilden möchten, Steine in den Weg. Auch hier sind es vor allem junge Menschen aus einkommensschwachen Familien, deren Zukunftschancen geschmälert werden.

Ähnlich sieht es bei der Rente aus: DIE LINKE hat mit ihrem Konzept einer Rentenversicherung für alle als erste der Bundestagsfraktionen ein durchgerechnetes Konzept für eine würdige Rente vorgelegt. Wir wollen die staatlich garantierte Rente für alle Menschen und mindestens 1.050 Euro pro Person. Und wir werden nicht zulassen, dass der Rentenbetrug namens „private Zusatzversicherung“ kritiklos bleibt: Die Rente müssen auch die Arbeitgeber paritätisch mitfinanzieren, private Zusatzversicherungen belasten einseitig die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Gleiches gilt für die Kranken- und Pflegeversicherung – wir werden nicht zulassen, dass sich die Arbeitgeber klammheimlich aus der Finanzierung dieses wichtigen Bausteins des Sozialstaates verabschieden.

Bürgerrechte und Datenschutz – ohne die Linksfraktion im Bundestag wären diese Themen ohne Vertretung. Auch bei diesen Themen wird es – genauso wie beim Kampf gegen Rechtspopulismus und Faschismus – vor allem DIE LINKE sein, die immer wieder den Finger in die Wunde legt und Informationen beschafft, ohne die die Arbeit der vielen Initiativen und Bündnisse im Land deutlich schwerer zu organisieren wäre.

Und schließlich sind wir die ersten, die ein seriös finanziertes Konzept für die künftige Steuerpolitik vorgelegt haben. Dabei geht es darum, geringe und mittlere Einkommen und Unternehmen zu entlasten und hohe und höchste Einkommen stärker zur Kasse zu bitten – genauso, wie die international agierenden Konzerne, die sich derzeit massenweise vor nennenswerten Steuerzahlungen drücken. Es muss endlich ein Ende haben, dass der Pfortner bei amazon mehr Steuern bezahlt als der ganze Konzern.

Mit hunderten Anträgen und Anfragen haben unsere Bundestagsabgeordneten die Bundesregierung immer wieder auf Missstände und Lösungsvorschläge hingewiesen. Es war die Bundestagsfraktion unserer Partei, die die erste Gesetzesinitiative zur völligen Gleichstellung homosexueller und heterosexueller Partnerschaften in einer Ehe für Alle eingebracht hat.

Und unsere beiden Bundestagsabgeordneten Katrin Werner und Alexander Ulrich haben sich immer wieder in ihren Fachthemenbereichen Europa und der Behindertenpolitik zu Wort gemeldet und wichtige Impulse in der Debatte gesetzt.

Beide haben sich dafür eingesetzt, die sogenannten Arbeitsmarktreformen, die in Wahrheit eine massive Einkommensverschlechterung, eine Senkung sozialer Standards und ein Geschenk an die Arbeitgeber war, wieder rückgängig zu machen. Minijobs und Werkverträge, Leiharbeit und unbezahlte Praktika – DIE LINKE hat insbesondere die Regierungsparteien CDU/CSU und SPD immer wieder gezwungen, ihren arbeitnehmerfeindlichen Kurs zu rechtfertigen – dabei ist offensichtlich geworden, dass ihnen schlicht der politische Wille fehlt, den Konzernen die Stirn zu bieten.

Der lange Kampf gegen den Neoliberalismus zeigt Wirkung: Für die Bundestagswahlen prognostizieren uns die Umfrageinstitute eine Verbesserung unseres Wahlergebnisses. Das kann uns aber nicht genügen. DIE LINKE muss deutlich stärker werden, damit wir unseren Anspruch, politisch unübersehbar zu werden und parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit wirkungsvoll zu verknüpfen, besser in die Tat umsetzen können. Daraus ergeben sich für den laufenden Wahlkampf konkrete Anforderungen für unseren Landesverband:

- 1) Wir wollen mindestens wieder zwei Abgeordnete in den Deutschen Bundestag entsenden. Und wir werden dafür kämpfen, dass es drei werden.
- 2) Wir wollen die Bundestagswahlen nutzen, um vor Ort präsenter und mit unseren Aktiven bekannter zu werden. Denn die Bundestagswahl ist unsere Chance, eine gute Ausgangsbasis für die Kommunalwahlen 2019 zu schaffen.

10 Jahre DIE LINKE – Auftrag für die Zukunft

Kaum jemand hätte die Erfolge für möglich gehalten, die das linke Bündnis aus WASG und PDS nach der Fusion 2007 erreicht hat. Nichts weniger als das Nachdenken über Alternativen zur kapitalistischen Weltordnung ist seitdem unser Markenzeichen. Wir sind die Einzigen, die den Kapitalismus nicht als Ende der Geschichte betrachten und Alternativen denken. Dabei bleiben wir nicht theoretisch: Unser gemeinsamer Anspruch ist immer auch, hier und heute fühlbare Verbesserungen für die große Mehrheit der Menschen in unserem Land und - dank unseres internationalistischen Ansatzes - in der ganzen Welt zu erstreiten. Mit dem Erfurter Programm haben wir den demokratischen Sozialismus zu unserem Ziel erklärt und bieten damit eine humane und nachhaltige Alternative zur Plünderung der Welt und des Menschen durch den Kapitalismus.

In Rheinland-Pfalz vertreten knapp 100 kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger unsere Positionen in Stadträten und Kreistagen. Sozialtickets und Rekommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen, einkommensabhängige Gestaltung der Elternbeiträge für die Betreuung unter Zweijähriger, Verbesserungen bei den Schülerfahrtkosten und der Kampf um gutes Mittagessen in den Bildungseinrichtungen - viele alltägliche Verbesserungen tragen unsere Handschrift.

So erfolgreich vielerorts die kommunale Politik der LINKEN ist, so schmerzhaft fehlt unsere Präsenz im rheinland-pfälzischen Landtag. Langfristig können wir uns in Rheinland-Pfalz aber nur dann wirksam in die Landespolitik einmischen, wenn wir bei den nächsten Landtagswahlen 2021 in den Landtag einziehen. Die öffentliche Wahrnehmung in der Bildungspolitik und beim Öffentlichen Nahverkehr, bei der Kultur und der Verkehrsentwicklung, bei Gesundheit und Pflege und der Inklusion, beim Naturschutz und dem Vollzug der Steuergesetze und natürlich beim Wohnungsbau und der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik hängt entscheidend an der Präsenz linker Abgeordneter im rheinland-pfälzischen Landtag.

Ebenso wie Bündnis 90/Die Grünen sind wir bei der letzten Landtagswahl angesichts der Zuspitzung des Wahlkampfes auf die Ministerpräsidentinnenfrage nicht mehr wahrgenommen worden. Deswegen wollen wir uns für die kommende Landtagswahl 2012 so aufstellen, dass die Menschen uns als eine notwendige Alternative und sinnvolle Opposition zur Landesregierung und den anderen im Landtag vertretenen Parteien betrachten. Dafür müssen wir auch in der Fläche wahrnehmbarer werden: Kommunale Politik, DIE LINKE vor Ort, ist die notwendige Voraussetzung für einen erfolgreichen Landtagswahlkampf. Gemeinsam wollen wir deswegen bei

den Kommunalwahlen 2019 in deutlich mehr kommunale Parlamente einziehen und damit unsere Präsenz in der öffentlichen Diskussion stärken.

Damit dieser Ansatz Erfolg haben kann, wird der Landesverband in Zusammenarbeit mit Bildungsträgern und der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Bildungsoffensive starten.

Wir wollen unsere Mitglieder ermutigen, sich einzubringen und zu Wort zu melden. Politische und fachliche Bildung ist dafür die entscheidende Voraussetzung. Beides ist nötig, um die Welt um uns herum zu verstehen und - was noch wichtiger ist - sie zu verändern.

Der Landesvorstand hat begonnen, aus dieser Tatsache Konsequenzen zu ziehen: Das erste von regelmäßigen Neumitgliedertreffen hat stattgefunden, wir organisieren derzeit den Neustart des Kommunalpolitischen Forums und die Mediens Schulungen werden fortgesetzt. Der Landesvorstand unterstützt nachdrücklich die derzeit laufenden Aktivitäten der bestehenden Landesarbeitsgemeinschaften und der Ansätze zur Gründung solcher LAGs.

Mit Beginn der Amtszeit im vergangenen November hat der neugewählte Landesvorstand sich diesen Aufgaben gestellt. Dabei wird es keine schnellen Erfolge geben. Aber es ist die Bedingung dafür, dass wir unsere Positionen möglichst vielen Menschen bekannt machen können und eine wählbare Alternative zu Sozialabbau, Demokratiebeschneidung und internationalen Kriegseinsätzen sind.

Aktuell haben wir Voraussetzungen geschaffen, damit wir uns voll auf den Bundestagswahlkampf konzentrieren können. Denn ein gutes Wahlergebnis für DIE LINKE wäre wichtig für die politische Landschaft in unserem Land - und von herausragender Bedeutung für die Aussichten unseres Landesverbandes bei den kommenden Kommunal- und Landtagswahlen. Deswegen werden wir mit aller Kraft daran arbeiten, dass die nächste Linksfraktion im Bundestag vergrößert wird:

Je stärker DIE LINKE, umso sozialer das Land!

P-02 - Resolution

Korruption und betrügerische Machenschaften im Gesundheitswesen endlich stoppen!

Antragsteller_innen: Christine Schmitt, Kathrin Meß, Ulf Rosche, Georg Bauer
KV Trier-Saarburg

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Das Korruptionsgesetz im Gesundheitswesen vom 30.06.2017 muss die Korruption der Sozialversicherungsträger einschließen.
2. Sozialgerichte müssen entlastet werden, so dass die Verfahren schneller bearbeitet werden können.
3. Sozialversicherungsträger und auch die Sachbearbeiter/innen müssen für wissentliche Fehlentscheidungen haftbar gemacht werden.
4. Mehr Transparenz im Gesundheitswesen durch erweiterte Kontrollen und Anlauf- und Beratungsstellen für Versicherte.

Begründung:

Die Krankenversicherung hat die Aufgabe, die Gesundheit der Versicherten zu erhalten, wiederherzustellen oder ihren Gesundheitszustand zu verbessern. In der Realität haben sie sich jedoch zu großen, profitorientierten Unternehmen entwickelt, die bewußt den gesetzlichen Willen umgehen und mitunter die Grenze der Legalität überschreiten. Das Gesundheitssystem ist kompliziert und intransparent, für den Laien kaum zu durchschauen und lädt gerade dazu ein, Sparmaßnahmen auf dem Rücken der Versicherten zu betreiben. Oftmals werden Leistungen oder Therapien, die medizinisch notwendig sind, einfach abgelehnt oder Anträge willkürlich, garnicht oder verzögert bearbeitet um, Zeit zu schinden.

Die Leidtragenden sind immer die Versicherten, denen oftmals nur der Gang zum Sozialgericht übrig bleibt. Die Kassen haben keine Konsequenzen zu befürchten und für die Gerichte ist dies lediglich ein Verwaltungsakt. Somit haben die Kassen Narrenfreiheit!

Das Korruptionsgesetz vom 30.06.2016 geht hier nicht weit genug. Es betrifft hauptsächlich Ärzte, Apotheker und Pharmakonzerne. Dies ist jedoch ebenfalls eine Form der Korruption, die von den Sozialversicherungsträgern mit System betrieben wird, um Kosten einzusparen. Die Sozialversicherungsträger müssen dort mit eingebunden werden und stärker kontrolliert werden, damit sie ihrem gesetzlichen Auftrag der kollektiven Daseinsvorsorge endlich nachkommen! Die Versicherten müssen zu mündigen Patienten gebildet werden, die jederzeit an Beratungs- und Informationsstellen Hilfe bekommen!

P-03 - Resolution

Inklusion für schwerbehinderte Arbeitnehmer_innen muss gewährleistet sein!

Antragsteller_innen: Christine Schmitt, Kathrin Meß, Georg Bauer, Ulf Rosche
KV Trier-Saarburg

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Die gesetzlich festgelegte Beschäftigungsquote für Schwerbehinderte muss deutlich erhöht werden!
2. Die Ausgleichsabgabe muss für den Arbeitgeber erhöht werden!
3. Wird ein schwerbehinderter Arbeitnehmer ohne wichtigen Grund gekündigt, müssen Strafen für den Arbeitgeber verhängt werden!
4. Keine staatliche Auftragsvergabe an Firmen, die sich weigern, schwerbehinderte Arbeitnehmer_innen zu beschäftigen!
5. Das Bundesteilhabegesetz und das Vergabegesetz für öffentliche Aufträge müssen dementsprechend angepasst werden!

Begründung:

Die Arbeitslosenquote von Menschen mit Schwerbehinderung ist mit 13,4% (2016) doppelt so hoch wie bei Menschen ohne Handicap. Für Schwerbehinderte ist es oft aussichtslos eine Arbeit zu finden, da viele Arbeitgeber lieber eine Ausgleichsabgabe zahlen, anstatt einen Schwerbehinderten einzustellen. Diese ist jedoch so niedrig angesetzt, dass es den Arbeitgeber kaum belastet.

Auch der Sonderkündigungsschutz für schwerbehinderte Arbeitnehmer gestaltet sich in der Realität anders als vom Gesetzgeber gewünscht. Die Anträge zur Kündigung eines schwerbehinderten Arbeitnehmers beim Integrationsamt steigen ständig und in 75% der Fälle stimmt das Amt zu.

Berufliche Teilhabe und Sonderkündigungsschutz wird zur Farce. Daran ändert auch das neue Bundesteilhabegesetz von 2016 nichts. Zwar wurden die Hürden für den Arbeitgeber verschärft, jedoch wird dieses von vielen Arbeitgebern einfach ignoriert, weil sie keine Konsequenzen befürchten müssen.

P-04

Digitalisierung / Arbeit 4.0 / Industrie 4.0:

Produktionssteigerung zu Gunsten der Menschen, nicht der Unternehmen!

Antragsteller_innen: LAG Betrieb & Gewerkschaft RLP

Der Landesparteitag möge beschließen:

DIE LINKE. Rheinland-Pfalz setzt sich für folgende Übergangsforderungen ein und wirbt dazu um Bündnispartner (Gewerkschaften, Sozialverbände, etc.) :

- Verkürzung der maximal zulässigen Wochenarbeitszeit
- Verbot von Wochenendarbeit, Ausnahme Daseinsvorsorge
- Bezahlter gesetzlicher Urlaub von 4 auf 6 Wochen
- Mindestlohn für Alle - ohne Ausnahmen! Sowie Anhebung dessen auf eine existenzsichernde Höhe
- Bafög-Zahlung unabhängig vom Einkommen/Vermögen der Eltern, Abschaffung jeglicher Studiengebühren

Wir stellen in der politischen Debatte die Chancen der Produktivitätssteigerungen, durch Umbau des politischen und wirtschaftlichen Systems in den Vordergrund und zeigen auf, dass eine andere, für die Vielen bessere Zukunft, möglich ist.

Begründung:
erfolgt mündlich.

A – weitere Anträge

Anträge an den Landesparteitag mit Bezug auf die Landes- oder Bundespartei.

A-01

Regelmäßige finanzielle Unterstützung der LAGen durch den Landesverband

Antragsteller_innen: LAG-RLP Hartz IV, LAG Betrieb & Gewerkschaft RLP, LAG queer RLP

Der Landesparteitag möge beschließen:

Oben stehende Landesarbeitsgemeinschaften der Partei DIE LINKE. Rheinland-Pfalz beantragen, dass 1% der Einnahmen des Landesverbandes den Arbeitsgemeinschaften zur politischen Arbeit zur Verfügung gestellt werden.

Der Landesschatzmeister bestätigt nach Beantragung des Kostenrahmens die Übernahme der entsprechenden Kosten und sorgt für die fälligen Zahlungen.

Begründung:

Ohne finanzielle Unterstützung ist eine politische Arbeit unmöglich. Überzeugende Flyer, Referenten, Veranstaltungsorte etc. kosten in einem kapitalistischen System nun einmal Geld.

Die LAGen stemmen seit längerer Zeit ihre Arbeit aus eigenen privaten finanziellen Mitteln. Da der Landesverband eine Verantwortung gegenüber seinen LAGen hat und basisorientierte Arbeit unterstützen sollte, bitten wir die Delegierten des Landesparteitages um eine klare Unterstützung für diesen Antrag.

A-02

Bekanntmachung von Veranstaltungen der LAGen

Antragsteller_innen: LAG-RLP Hartz IV, LAG Betrieb & Gewerkschaft RLP, LAG queer RLP

Der Landesparteitag möge beschließen:

Oben stehende Landesarbeitsgemeinschaften der Partei DIE LINKE. Rheinland-Pfalz beantragen, dass kreisverbandsübergreifende Partei-Veranstaltungen, Veranstaltungen der LAGen sowie Kreisverbandsveranstaltungen unserer Partei mit übergreifender Relevanz im Newsletter und auf der Landeswebsite der Landespartei angekündigt werden. Die dafür zuständige Person im Landesverband wird in die entsprechenden Verteiler der betroffenen parteiinternen Gruppe zwecks Kenntnisnahme und Durchführung aufgenommen.

Begründung:

Viele stattfindende Parteiveranstaltungen sind der Parteiöffentlichkeit nicht bekannt. Um dies zu ändern sollten diese Veranstaltungen über den Newsletter, den alle Parteimitglieder bekommen, bekannt gemacht werden. Außerdem ist die Bekanntgabe von Terminen/Veranstaltungen eine Bringschuld gegenüber den Mitgliedern.

Kandidaturen

Kandidaturen zum Landesvorstand

Kandidatur Stellv. Landesvorsitz David Schwarzendahl

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Zeiten stehen auf Sturm! Kein Tag vergeht mehr ohne Hiobsbotschaften, so scheint es mir zumindest. Ob Kriege, Hunger und Armut oder Intoleranz und Hass, die Welt scheint sich immer weiter zu verfinstern. Eine globalisierte Welt in fester Hand eines wie ein Krebsgeschwür wuchernden Finanzmarkt-Kapitalismus, dieses System droht unsere Welt unter seiner Habgier zu ersticken. Es schafft eine Schere zwischen den Klassen, wie wir sie aus Zeiten der Leibeigenschaft noch düster im Hinterkopf haben. Der moderne Sklavenhandel in Form von Zeit- und Leiharbeit frisst die Menschen auf und versucht sie ihrer Solidarität zu berauben.



Solidarität, die Zärtlichkeit unter den Völkern, schwindet und macht immer häufiger Platz für Gewalt, Unterdrückung und Krieg!

Krieg gilt in den Köpfen der Wohlstandseliten wieder als legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung. Man möchte glauben, dass sie in ihrer gar krankhaften Ignoranz die Schrecken zweier Weltkriege vergessen haben!

Doch nicht mit uns liebe Genossinnen und Genossen!

DIE LINKE. mit ihrer unbestechlichen Art, welche als einzige Partei auf Augenhöhe trotz der vielen politischen Gegner für die Würde der Menschen kämpft und sich immer gegen Krieg entschieden hat, braucht uns alle mehr denn je!

Mein Name ist David Schwarzendahl ich bin 34 Jahre alt und ich bewerbe mich heute als stellvertretender Landesvorsitzender.

Seit 2012 bin Mitglied in der Linken. Seit 2014 Stadtrat für unsere Partei in der Kreisfreien Stadt Frankenthal/Pfalz, meiner Heimatstadt und ich bin ebenfalls seit 2014 dort Kreisvorsitzender. Seit 2016 bin ich auch als Beisitzer im Landesvorstand.

Politisch aktiv bin ich jedoch seit meiner frühesten Jugend, ob als Musiker oder Demonstrant, mein Herz schlägt links! Kein „R2G-Links“ sondern von da, wo man nicht wegsehen kann, wenn es ungerecht wird. Drüber reden und es dann dabei belassen, ... nicht mit mir!

„Wenn ich gewählt werde - was setze ich mir als Ziel meiner Amtszeit?“ , habe ich mich gefragt.

- Mein erstes Ziel - und an dem Arbeiten wir ja alle gemeinsam - ist ein erfolgreicher Wahlkampf zur Bundestagswahl 2017!
- Den Aufbau innerparteilicher Bildungsstrukturen zu stärken und zu fördern.
- Den solidarischen Umgang untereinander wieder zum Nenner werden zu lassen.
- Mich aktiv für den Aufbau von landesweiten kommunalpolitischen Strukturen einzusetzen und bei den anstehenden Kommunalwahlen 2019 möglichst flächendeckend vertreten zu sein.
- IMMER, ein offenes Ohr zu haben für die Sorgen und Nöte meiner Genossinnen und Genossen, egal welcher Art sie seien mögen.
- Durchgehend die bestmögliche Transparenz zu schaffen.

Außerdem natürlich unsere Landesvorsitzenden an den Stellen, wo es mir möglich ist, zu entlasten. Denn wir sind keine Lobbypartei und lehnen Spenden aus der Wirtschaft strikt ab, was auch heißt, dass wir keine 30 Angestellten haben und hier viele Ehrenamtliche ihre Freizeit opfern um den Betrieb am Laufen zu halten, denen mal ein Dankeschön an dieser Stelle.

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich bitte euch heute nicht nur um eure Stimmen, ich bitte euch um euer Vertrauen. Damit wir gemeinsam etwas Großes schaffen können!

Euer David